

## Beschluss LPT-2002-01

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

# Verantwortung für Sachsen-Anhalt - Die SPD als Partei in der Mitte der Gesellschaft

## 1. Grundlinien und Perspektiven: Ziel Regierungsverantwortung 2006

Die Bürgerinnen und Bürger haben der SPD Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl nicht mehr zugetraut, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und unser Land weiter voran zu bringen. Dies fand seinen Ausdruck vor allem darin, dass deutlich mehr als 100.000 SPD-Wählerinnen und -Wähler von 1998 bei dieser Wahl zu Hause geblieben sind. Die Bundestagswahl hat aber auch gezeigt, dass die SPD in Sachsen-Anhalt nach wie vor die Fähigkeit hat, Mehrheiten für sozialdemokratische Politik zu gewinnen. Auf dem Erfolg bei der Bundestagswahl können und werden wir aufbauen, um 2006 in Sachsen-Anhalt wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Die SPD in Sachsen-Anhalt hat ihre Rolle als Oppositionspartei angenommen. Wir machen eine klare und faire Politik, die nur das verspricht, was sie auch halten kann. Orientierung ist für uns unser Landtagswahlprogramm 2002, denn unsere politischen Überzeugungen haben sich durch das Wahlergebnis nicht geändert. Sozialdemokraten stehen für Glaubwürdigkeit in der politischen Arbeit. Sozialdemokratische Politik ist eigenständig und an Inhalten orientiert.

Maßstab für unsere Politik sind unsere Grundwerte: Freiheit, Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie Solidarität und Verantwortung für andere. Diese Werte müssen immer wieder neu in konkrete Politik umgesetzt werden. Deshalb wollen wir

- Arbeitsplätze und Wohlstand fördern,
- die Menschen für die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs stark machen,
- den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken und soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen;
- eine nachhaltige Politik, die materiellen Fortschritt, Ökologie und unsere Verantwortung für zukünftige Generationen miteinander verbindet.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen in Sachsen-Anhalt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind auf Grund des anhaltenden Strukturwandels und vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen neuen Herausforderungen ausgesetzt. Diese Herausforderungen bringen Verunsicherungen mit sich. Wir Sozialdemokraten sehen uns hier besonders in der Pflicht zu helfen, denn wir stehen für Sicherheit im Wandel.

Wir lassen die Menschen nicht allein. Sozialdemokratische Politik bekennt sich dazu, dort gestaltend einzugreifen, wo Menschen an den Rand gedrängt werden. Wir sind für die Überprüfung staatlicher Aufgaben, aber Deregulierung und Privatisierung sind für uns kein Selbstzweck.

Unsere politischen Konkurrenten sind CDU, PDS und FDP. Mit ihnen stehen wir im Wettbewerb um die besten politischen Konzepte für unser Land. Wir werden die konservative Landesregierung an ihren überzogenen Versprechungen messen. Insbesondere werden wir eine verantwortungsvolle Finanzpolitik einfordern und CDU und FDP an ihre Ziele zum

Schuldenabbau erinnern. Gleichzeitig gibt es keine Koalition in der Opposition. Sozialpopulismus, wie ihn die PDS betreibt, ist unsere Sache nicht.

Wir wollen in Sachsen-Anhalt 2006 wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Denn nur Sozialdemokraten können wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen. Wir sind die Partei der Mitte in Sachsen-Anhalt.

## 2. Partei: Frischer Wind und neue Impulse

Unsere guten Politikkonzepte für Sachsen-Anhalt weiter zu entwickeln, bedarf der Mitwirkung und des Ideenreichtums möglichst vieler Menschen. Sachsen-Anhalts Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden daher alle Bürgerinnen und Bürger zum Mittun ein. Die SPD Sachsen-Anhalt bietet viele Möglichkeiten zur Mitarbeit für Interessierte, sei es in den Ortsvereinen, in den Arbeitsgemeinschaften oder in den Fachausschüssen. Neue Mitglieder bringen frischen Wind - und den wollen wir für unsere Partei. Seit der Wende stagniert die Mitgliederzahl der SPD in Sachsen-Anhalt. Manch ermatteter Ortsverein braucht neue Impulse. Wir wollen daher die Mitgliederzahl des SPD-Landesverbandes bis 2006 mindestens um 20% erhöhen.

Wir wollen dies erreichen

- durch Entwicklung spezifischer Angebote für junge Menschen,
- durch Stärkung der Präsenz vor Ort, insbesondere in den lokalen Medien,
- durch einen offenen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen,
- und durch eine spezielle Kampagne zur Mitgliederwerbung.

Unsere innerparteiliche Diskussionskultur ist in der Vergangenheit häufig zu recht kritisiert worden. Sie muss verbessert werden. Wir wollen offen diskutieren und gemeinsam unsere Positionen erarbeiten. Es geht darum, in den Gliederungen der Partei offen und konstruktiv alles an- und auszusprechen, was zur Lösung der Aufgaben in Sachsen-Anhalt beiträgt und zu neuer Geschlossenheit der Landes-SPD zu finden.

## 3. Themen und Initiativen

Für die Entwicklung unseres Landes sehen wir die Politikfelder Wirtschaft/Arbeit, Soziale Gerechtigkeit/Chancengleichheit, Entwicklung der Kommunen, Innere Sicherheit und Bildung/Forschung als besonders bedeutsam an. Wir werden uns deshalb auf diese Felder besonders konzentrieren, ohne aber andere Themen und Fragestellungen zu vernachlässigen. Wir wissen, dass wir unsere Konzepte ständig fort schreiben müssen und wollen dies in einem kontinuierlichen Diskussionsprozess innerhalb der Partei und mit Gesprächspartnern außerhalb der Partei gewährleisten.

### 3.1. Für eine aktive Wirtschaftsförderungs-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik

Wir müssen die Arbeit der sozialdemokratischen Landesregierungen nicht verstecken. Die jetzige konservative Landesregierung kann und wird auf unseren Leistungen in den vergangenen acht Jahren aufbauen. Sozialdemokraten haben ein gutes Fundament für den weiteren Aufbau Sachsen-Anhalts gelegt. Nicht zuletzt die maßgeblich unter Beteiligung Reinhard Höppners durch den Solidarpakt II erkämpfte finanzielle Planungssicherheit ist Voraussetzung für den weiteren Aufbau des Landes und für eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West.

Übergeordnetes Ziel bleibt, möglichst viele neue Unternehmen nach Sachsen-Anhalt zu holen, die bestehenden Firmen zu stabilisieren und Existenzgründungen zu unterstützen. Wir haben das in der Vergangenheit getan und werden es auch in der Zukunft befürworten. Wir sind allerdings gegen Symbolgesetzgebung ohne echte Substanz, die zudem gegen die Interessen der Arbeitnehmer/innen gerichtet ist, wie es bei dem so genannten „1. Investitionserleichterungsgesetz“ geschah.

Entscheidende Impulse für die sachsen-anhaltische Wirtschaft gehen von Forschungs- und Entwicklungsleistungen unserer Unternehmen sowie unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus. Die SPD setzt sich deshalb für die Fortsetzung einer aktiven Innovationspolitik ein. Wir brauchen in Zukunft noch mehr industrienaher Forschung und müssen daher die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter vertiefen. Wir werden deshalb darauf achten, dass die Förderung von Forschung und Entwicklung ein Schwerpunkt bleibt.

Viele Menschen in Ostdeutschland werden voraussichtlich auf absehbare Zeit keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Damit finden wir uns nicht ab. Deshalb bleibt es notwendig, alle Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik zu nutzen. Ein gutes Beispiel für gelungene Arbeitsmarktpolitik ist das Programm „Aktiv zur Rente“ aus dem Jahr 2001. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Bund und Land haben die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren gleichzeitig immer stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft hin ausgerichtet. Zwei von drei EURO der entsprechenden Mittel kamen den Unternehmen zu gute und waren somit direkte Wirtschaftsförderung. Dies gilt es fortzusetzen. Sollten CDU und FDP versuchen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) weiter einzuschränken, werden wir dem entschieden entgegenzutreten. Denn mittelfristig sind beide Instrumente noch unverzichtbar. ABM und SAM sind sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Die infrastrukturverbessernden Maßnahmen müssen ausgebaut werden. Das JUMP-Programm und das JUMP-Plus-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist in Sachsen-Anhalt weiter fortzuführen.

Aktive Wirtschaftsförderungs-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik sind die Eckpfeiler unserer wirtschaftspolitischen Konzepte. Sie müssen jedoch ständig neu auf ihre Wirksamkeit überprüft werden und zwar in Diskussionen mit der Wirtschaft und mit den Gewerkschaften. Für diese Diskussionen wollen wir unsere Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse öffnen. Die Umsetzung der Hartz-Überlegungen muss intensiv begleitet werden.

### 3.2. Für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit

Die SPD steht für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen den aktivierenden Staat, der die Menschen fordert, ohne sie zu überfordern. In fast allen Lebensbereichen ist unsere Gesellschaft auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Deshalb werden wir alle unterstützen, die sich für ihre Mitmenschen engagieren wollen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung von Familienarbeit, Erwerbsarbeit, Verantwortung und Einkommen ein. Es ist deshalb erforderlich, Arbeitszeiten so flexibel zu gestalten, dass Beruf und Familie vereinbar sind. Wir treten für eine schrittweise Lohn- und damit Rentenangleichung Ost an West ein. So kann der anhaltenden Abwanderung – gerade junger Menschen - entgegengewirkt werden. So werden Lebensleistungen auch materiell anerkannt. Zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven unserer Schulabgänger fordern wir weiterhin Anstrengungen von Politik und Wirtschaft zur Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen und vor allem von Arbeitsplätzen nach der Berufsausbildung.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft des Landes. Es gilt deshalb vor allem diejenigen zu stärken, bei denen Kinder aufwachsen. Die Familien in ihren vielfältigen Erscheinungsformen sind der Ort, wo Kinder und Jugendliche Geborgenheit und Sicherheit finden und wo Werte, Wissen und Kultur vermittelt werden. Ihnen gebührt staatlicher Schutz und Unterstützung. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Förderung der Familien weiter verbessert wird.

Familienförderung ist für uns gleichzeitig aktive Standortpolitik. Wir führen daher ein landesweites Forum "Zukunft Familie" durch. In ihm sollen Kindereinrichtungen und Schulen, Beratungsstellen, Familienzentren, wissenschaftliche, kulturelle und medizinische Einrichtungen, örtliche Behörden, Vereine, Verbände und die regionale Wirtschaft die Bedingungen für ein familienfreundliches Land beraten und weiter verbessern. Die vorbildlichen Strukturen in der Kinderbetreuung müssen beibehalten und inhaltlich weiter entwickelt werden.

Wir wollen weiter an einer solidarischen Gesellschaft bauen, die auch in besonderer Weise die Interessen der Seniorinnen und Senioren berücksichtigt.

Gesundheit ist ein zentrales Thema unserer Politik für soziale Gerechtigkeit. Die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen müssen dazu dienen, dass Gesundheit bezahlbar und solidarisch finanziert bleibt. Wir brauchen eine bürgernahe und vernetzte Versorgung, die insbesondere den chronisch Kranken besser hilft.

Die SPD steht für eine offene und tolerante Gesellschaft, in der jede und jeder ihren oder seinen Platz findet. Wir wenden uns gegen jede Form von Gewalt und gegen jegliche Diskriminierung. In den letzten Jahren hat Sachsen-Anhalt hier bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Das gilt auch für die Gleichstellungspolitik und den gender-mainstreaming-Ansatz. Wir werden darauf achten, dass hier keinerlei Abstriche vorgenommen werden.

### 3.3. Entwicklung der Kommunen: Für solide Finanzen und moderne Strukturen

Bürgerinnen und Bürger erleben konkrete Erfolge in der Politik am ehesten in ihrer Kommune. Die SPD wird sich daher insbesondere in den Städten und Gemeinden engagieren. Die vor Ort agierenden Amts- und Mandatsträger/innen wollen wir spürbar unterstützen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist gefährdet. Einer gestiegenen Zahl kommunaler Aufgaben und wachsenden Personalkosten stehen sinkende Einnahmen gegenüber. Daher ist einerseits der Umfang der kommunalen Pflichtaufgaben auf den Prüfstand zu stellen. Andererseits muss die kommunale Finanzausstattung so verbessert werden, dass Städte und Gemeinden bei sparsamer Politik im Regelfall ihre Haushalte ausgleichen können. Deshalb lehnt die SPD auch weitere Kürzungen bei den allgemeinen Zuweisungen für die Kommunen ab.

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die konservative Landesregierung die geordnete Kommunalreform gestoppt hat. Diese Reform stand für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt, für eine effektivere Aufgabenwahrnehmung und mehr Bürgernähe. Stattdessen will die Landesregierung die Kommunen durch finanziellen Zwang zu Zusammenschlüssen drängen. Dies ist der falsche Weg. Solange keine umfassende Gebietsreform auf Gemeinde- und Landkreisebene erfolgt, die gerade auch Mittel für Investitionen auf kommunaler Ebene freisetzt, wäre eine Kürzung bei den allgemeinen Zuweisungen der Todesstoß für die kommunale Selbstverwaltung.

Eine Kommunalreform ist auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Standortfaktor. Insofern verschlechtert die konservative Regierung mit dem Stopp die Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Die Chance, flächendeckend zukunftsfähige Strukturen zu etablieren, ist auf Jahre hinaus vertan.

2004 streben wir an, unsere Ergebnisse bei den Kommunalwahlen deutlich zu verbessern. Wir wollen deshalb die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) stärken. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker vor Ort sollen sich dafür noch stärker in die Arbeit der SGK einbringen.

### 3.4. Für eine moderne Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gilt: Um auf Dauer viele Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, müssen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ständig auf veränderte Anforderungen reagieren können. Kennzeichen der Bildungspolitik der SPD ist Chancengleichheit.

Für uns stellen Zugang und Nutzung von Bildungseinrichtungen (von der Grundschule bis zur Hochschule) für jedermann - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - sowie lebenslanges Lernen eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar. Politik muss einen Rahmen schaffen, der es allen ermöglicht, die Qualifikationen ständig zu steigern und das persönliche Potential bestmöglich zu entwickeln.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre. Die SPD bekennt sich zu diesem Ziel. Für uns ist es dabei besonders wichtig, dass das Abitur nach 12 Jahren nicht zu unzumutbaren Belastungen für die Schüler/innen führt und dass die Verkürzung der Schulzeit mit einer inhaltlichen Reform der gymnasialen Oberstufe

einhergeht. Wir wollen auch die Debatte um die notwendigen Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der PISA-Studie für die Bildungspolitik gewissenhaft und ganzheitlich führen. Des Weiteren setzen wir uns für eine Harmonisierung der Bildungspolitik ein, die durch bundesweite Standards sowie einheitliche Rahmenrichtlinien erreicht werden soll.

Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen haben intensiv zur positiven Entwicklung der Hochschulen im Lande beigetragen. Es hat sich eine moderne und vielfältige Hochschullandschaft entwickelt, die für Studentinnen und Studenten aus Sachsen-Anhalt und von außerhalb des Landes zunehmend attraktiver geworden ist. Diese Entwicklung gilt es fort zu setzen. In diesem Zusammenhang soll das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie zu einer Ideenfabrik für Forschung und Wissenschaft fortentwickelt werden.

### **3.5. Für ein sicheres Sachsen-Anhalt**

Maßstab für unsere Politik sind die Bedürfnisse der Menschen. Wir stehen daher für eine Innenpolitik, die die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Innere Sicherheit ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und daher Kernanliegen sozialdemokratischer Politik.

Richtige Innenpolitik geht hart gegen Kriminalität und konsequent gegen ihre Ursachen vor. Für uns ist der Rechtsstaat ein hohes Gut. Er muss den Einzelnen vor Übergriffen schützen und die Grund- und Freiheitsrechte wahren. Er muss in der Lage sein, die öffentliche Sicherheit zu garantieren und auf neue Gefährdungen angemessen reagieren. Wir treten für eine starke Polizeipräsenz in der Fläche und zur Gewährleistung einer gesunden Altersstruktur für eine kontinuierliche Ausbildung junger Polizeibeamter ein. An dem Ziel der Polizeidichte von 1:340 halten wir im Interesse einer bürgernahen Polizei fest.

Wir werden die Arbeit des Landespräventionsrates und der kommunalen Präventionsräte weiter unterstützen. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit in den Präventionsräten auf.

Die Flutkatastrophe hat nachdrücklich die Notwendigkeit eines leistungsstarken Katastrophenschutzes und leistungsstarker Feuerwehren in Erinnerung gerufen. Neben Schlussfolgerungen für die Umweltpolitik gilt es auch, aus den Erfahrungen der Flutkatastrophe heraus den Katastrophenschutz zu optimieren.

**Beschluss LPT-2002-02**  
SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## Fortschreibung des Leitantrages

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion werden aufgefordert, regelmäßig über die Umsetzung der in diesem Beschluss festgelegten Leitlinien und Schwerpunkte Bericht zu erstatten.

## Beschluss LPT-2002-03

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

# Bildung und Wissenschaft – Investitionen in die Zukunft Sachsen-Anhalts 20 Thesen zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik

### Präambel:

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung verfolgt mit dem vorliegenden Antrag die klare sozialdemokratische Zielstellung der Sicherung und des Ausbaus eines leistungsstarken, auf Chancengleichheit orientierten und durchlässigen Bildungs- und Wissenschaftssystems. Das heißt: wir wollen, dass für jedes Kind und jeden Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Herkunft, die bestmögliche Bildungslaufbahn ermöglicht wird. Dazu zählen im Schulbereich der freie Zugang zu allen Schulformen, in der Berufsausbildung ein umfangreiches und ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und bei der Hochschulbildung die Sicherung der Unabhängigkeit von den finanziellen Rahmenbedingungen der Eltern.

Die Befunde der PISA-Studie bestärken uns in der Auffassung, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich erhebliche Defizite aufweist. Auffällig ist, dass ein Großteil der bei der PISA-Studie erfolgreichen Länder über ein integratives Gesamtschulsystem mit einem hohen Anteil an Ganztagsbetreuung verfügt. Kaum ein anderes Land ordnet seine Schüler so frühzeitig differenzierenden Bildungsgängen zu wie Deutschland. Dabei ist festzustellen, dass die Streubreite zwischen den Leistungen lernstarker und lernschwacher Schüler in Deutschland besonders hoch ist, wobei auch die Leistungsspitze nicht das internationale Spitzenniveau erreicht. Das gegliederte Schulsystem in Deutschland ist somit kein Garant für eine hohe schulische Qualität, ganz im Gegenteil. Aus diesem Grund sollten Regelungen der in der PISA-Studie vorn liegenden Länder (u. a. Finnland, Kanada) auf ihre Übertragbarkeit auf das Schulsystem in Deutschland geprüft werden.

Die nationale Stichprobenergänzung PISA-E zeigt, dass auch innerhalb Deutschlands deutliche regionale Unterschiede zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt sind unbefriedigend und nicht hinnehmbar. Dies gilt jedoch auch für die anderen Bundesländer, denn selbst die im innerdeutschen Vergleich vorn liegenden Bundesländer erreichen nicht den OECD-Durchschnitt.

Vor diesem Hintergrund wurde eine gesellschaftliche Debatte eingeleitet, die über den Kreis der mit Bildung befassten Pädagogen, Wissenschaftler und Politiker weit hinaus geht und eine Reihe von kurz- und längerfristigen Maßnahmen zum Ziel hat. Das ist richtig und notwendig. Das Thema Bildung muss in der öffentlichen Wahrnehmung wieder einen hohen Stellenwert einnehmen. Wir wollen, dass Sachsen-Anhalt „Bildungsland“ wird.

Die von der CDU/FDP-Landesregierung in Sachsen-Anhalt vorgesehenen Änderungen des Schulgesetzes gehen in die falsche Richtung. Sie verstärken den selektiven Charakter des Schulwesens, anstatt für alle Schülerinnen und Schüler positive Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist bedenklich, vor allem im Hinblick auf die ebenfalls durch die PISA-Studie dargelegte hohe Abhängigkeit des Bildungserwerbs von der sozialen Herkunft in Deutschland.

Wir Sozialdemokraten treten deshalb dafür ein, das Bildungswesen der Länder gemeinsam mit Eltern, Lehrkräften, Schülern und Wissenschaftlern weiter zu entwickeln. Für die neuen Bundesländer müssen dabei zusätzlich intelligente Lösungen zum Umgang mit der demographischen Entwicklung erarbeitet werden. Die frei werdenden Mittel aus den rückläufigen Schülerzahlen in Sachsen-Anhalt sind zur Verbesserung der schulischen Arbeit einzusetzen.

Neben ihrem Bildungsauftrag muss sich die Schule wieder stärker ihren Erziehungsaufgaben widmen. Bildung und Erziehung sollen eine Einheit bilden. Ein wesentliches Kriterium für die Verbesserung schulischer Qualität besteht in der Schaffung einer dem Lernen förderlichen Schulkultur. Das Schulklima, der Umgang aller in der Schule Agierenden miteinander, bestimmt wesentlich den Lernerfolg, aber auch die Ausbildung sozialer Schlüsselkompetenzen. Dazu benötigen wir in den Schulen eine neue Qualität des Lehrens und Lernens. Dabei geht es weniger darum, lebenslanges Wissen zu vermitteln, als vielmehr um die Aneignung der Fähigkeit „lebenslang“ zu lernen. Dies erfordert eine Veränderung der pädagogischen Arbeit vom lehrerzentrierten Unterricht zu Formen einer differenzierteren Unterrichtsgestaltung, in deren Mittelpunkt immer der handelnde Schüler stehen muss.

Wir wissen, dass die Entwicklung des „Bildungslandes“ Sachsen-Anhalt in Zeiten knapper Kassen erfolgen muss. Aber: Bildung, Wissenschaft und Forschung haben ihren Preis und sind wichtig für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Deshalb dürfen Kürzungen im Landeshaushalt nicht zu Lasten des Bildungs- und Wissenschaftsetats gehen. Mindestens eine Fortsetzung der Mittelbereitstellung auf derzeitigem Niveau ist erforderlich. Ein proportionaler Abbau von Lehrerstellen entsprechend dem Schülerrückgang führt zu Verschlechterungen in den Schulen. In jedem Fall bedarf es größerer Gestaltungsspielräume bei der Mittelverwendung für die Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen.

Unser Antrag beschränkt sich jedoch nicht auf den Bereich der schulischen Bildung, sondern zeigt auch notwendige Handlungsfelder für die berufliche Bildung, die Erwachsenenbildung sowie Wissenschaft und Forschung auf.

Im Bereich Wissenschaft und Forschung setzen wir uns dafür ein, das Niveau von Forschung und Lehre auf einer hohen und international konkurrenzfähigen Qualitätsstufe zu sichern und weiter zu entwickeln. In den vergangenen Jahren ist es in unserem Bundesland gelungen, ein differenziertes und leistungsfähiges System staatlicher Universitäten und Fachhochschulen mit vielen Entwicklungspotentialen zu etablieren. Neben den beiden Universitäten als wichtigsten Trägern öffentlich geförderter Forschung in Sachsen-Anhalt unterstützen Bund und Land zwölf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Zentren gesellschaftlicher, sozialer, technologischer und wirtschaftlicher Entwicklung und somit ein Schlüsselfaktor für das Wachstum in unserem Land.

Der erreichte Stand muss konsolidiert und stabilisiert werden. Das bedeutet, den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Sachsen-Anhalt auch weiterhin eine entsprechende finanzielle Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Ohne eine verlässliche mittelfristige Planungssicherheit, die von der SPD-Landesregierung im Beschluss zur Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt vom März 2000 vorgezeichnet war, sind die gesteckten Ziele und Ansprüche nicht zu erfüllen. Dafür ist für uns die weitere Profilbildung der Hochschulen von großer Bedeutung, denn die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nicht zuletzt von einer erfolgreichen Schwerpunktsetzung abhängen.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung die weitere Stärkung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt als Ziel gesteckt. Dem widersprechen die geplanten Kürzungen für den Wissenschaftsbereich im Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2003.

Im nächsten Jahrzehnt wird sich die Nachfrage nach Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt erheblich steigern. Der Wissenschaftsrat prognostiziert bis 2015 einen Bedarf von 30 Prozent der Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen. Dagegen beträgt gegenwärtig in Deutschland der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur 16 Prozent. Im internationalen Maßstab gerät Deutschland damit gegenüber Ländern wie den USA (29 %), den Niederlanden (28%), Norwegen (26 %) und Kanada (21%) teilweise erheblich ins Hintertreffen. Eine große Herausforderung wird diesbezüglich die Erhöhung der Studierquote vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt darstellen. Dazu ist es einerseits notwendig, den negativen Wanderungssaldo (Abwanderung von Studierenden aus Sachsen-Anhalt ist größer als der Zuzug) umzukehren, als auch durch eine weitere Internationalisierung des Studiums den Anteil ausländischer Studierender zu erhöhen. Eine stärkere Kooperation mit der Wirtschaft ist erforderlich, damit Absolventen der Hochschulen des Landes verstärkt eine berufliche Tätigkeit in Sachsen-Anhalt aufnehmen können.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung ergeben sich weitere neue Aufgaben für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik und in Sachsen-Anhalt. Dazu zählen u. a. der Ausbau der Kooperation zwischen den Wissenschaftseinrichtungen, größere Gestaltungsmöglichkeiten für die Hochschulen, die Erhöhung der Mobilität, die Nutzung der Kommunikationstechnologien sowie die Nutzung der großen Potentiale der außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Hinblick auf ihre Kooperation mit den Hochschulen und der Wirtschaft des Landes.

Außerdem benötigen die Hochschulen die Möglichkeit einer flexibleren Bewirtschaftung der Hochschulhaushalte. Bisher steht mit der Budgetierung nur den Fachhochschulen und der Burg Giebichenstein, Hochschule für Kunst und Design Halle, ein Steuerungselement zur Verfügung, das eine effektivere Finanzplanung und -kontrolle ermöglicht. Die SPD-Landesregierung plante die Budgetierung mit dem Haushalt 2003 auch auf die Universitäten auszudehnen. An diesem Ziel muss die neue Landesregierung festhalten. An die Stelle staatlicher Detailsteuerung sollen weitgehend selbstgesteuerte Entscheidungen der Universitäten zum Umgang mit den zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Ressourcen treten. Als Grundlage für diesen Prozess muss eine vorrangig durch Leistungsparameter gesteuerte Finanzausweisung (Zielvereinbarungen) dienen. Konsequenterweise zählt dazu auch die Ergebniskontrolle innerhalb und zwischen den Hochschulen.

*Die folgenden Thesen werden als Arbeitsmaterial für die SPD-Gliederungen in Sachsen-Anhalt beschlossen, sollen auf einem bildungspolitischen Forum beraten und auf dem a. o. Landesparteitag im Herbst 2003 abschließend beschlossen werden.*

## **20 Thesen zur Entwicklung von Bildung und Wissenschaft im Land Sachsen-Anhalt**

### **These 1:**

**Verständigung auf bundesweit einheitliche Bildungsstandards und deren Sicherung für den vorschulischen Bereich sowie die Primarstufe, den Sekundarbereich I und die Sekundarstufe II**

## (Abitur) in den Kernbereichen Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften auf der Länderebene

### Derzeitige Situation:

Deutschland verfügt über 16 verschiedene Schulsysteme (Schulformstruktur). Die Ergebnisse der PISA-E –Studie ergaben weiterhin, dass innerhalb Deutschlands deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich des Leistungsniveaus, der Bildungsbeteiligung, der Bildungsinvestitionen, des Stundentafelumfangs und der Regelungsdichte zu verzeichnen sind. So können keine einheitlichen Bildungschancen gewährleistet werden.

### **Deshalb fordern wir:**

- Für jede Schulform wird genau definiert, welche Kenntnisse und Fähigkeiten mindestens beherrscht werden müssen (Klassenstufen: 4,6,8, 10, 12)
- Überprüfung in bundesweit abgestimmten Testverfahren in Verantwortung der Bundesländer

### **These 2:**

#### **Transparenz und Überprüfung der Ergebnisse schulischer Arbeit**

### Derzeitige Situation:

Gegenwärtig existieren noch keine ausreichenden Instrumentarien zur Evaluation schulischer Arbeit. Sie ist aber notwendig, denn die Qualität schulischer Arbeit ist eine Angelegenheit der ganzen Gesellschaft im Allgemeinen und der Schulöffentlichkeit im Besonderen.

### **Deshalb fordern wir:**

- Regelmäßige Befragungen (einmal je Schuljahr) von Lehrkräften, Eltern und Schülern zur Qualität der Unterrichtsarbeit
- Diskussion der Ergebnisse in der Gesamtkonferenz
- Alle Schulen erarbeiten als Instrument der pädagogischen Profilbildung Schulprogramme, die regelmäßig evaluiert und der Schulöffentlichkeit vorgestellt werden

### **These 3:**

#### **Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine größere Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Einzelschule**

### Derzeitige Situation:

Die Ergebnisse der PISA- Studie haben verdeutlicht, dass vorn platzierte Länder über Schulen mit einer relativ hohen Eigenständigkeit verfügen. Eine höhere Selbstverantwortung der Schulen erfordert auch höhere Entscheidungsbefugnisse. Diesbezüglich befinden sich unsere Schulen noch zu sehr am „Gängelband“ der Verwaltung.

### **Deshalb fordern wir:**

- Bereitschaft der Schulen, Verantwortung zu übernehmen
- Pflicht zur Erarbeitung von Schulprogrammen und deren Fortschreibung
- größere Gestaltungsspielräume beim Angebot der Stundentafel
- Mitspracherecht bei der Personalauswahl
- Bewirtschaftung eines Schulbudgets
- Feststellung des Fortbildungsbedarfes des pädagogischen Personals im Hinblick auf die konkrete Arbeit an den Schulen
- Verpflichtungsmöglichkeiten des pädagogischen Personals zur Fortbildung durch die

Schulleitung

- Überprüfung der Schulgesetzregelungen zur Festlegung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen durch die Schulträger im Hinblick auf eine Flexibilisierung
  - Beachtung der Modalitäten der Schülerbeförderung
  - Untersuchung der Auswirkungen auf die Schulentwicklungspläne der Landkreise und kreisfreien Städte

#### **These 4:**

#### **Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur deutlichen Verbesserung der Unterrichtsversorgung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen**

##### Derzeitige Situation:

Trotz zur Verfügung stehender Stellen bereitet es große Anstrengungen, alle Schulen mit der notwendigen Zahl an Lehrkräften, vorrangig in den sogenannten Mangelfächern (u. a. Kunst, Musik, Fremdsprachen), auszustatten. Dieser Lehrkräftebedarf wird trotz sinkender Schülerzahlen in den nächsten Jahren zunehmen.

##### **Deshalb fordern wir:**

- Sicherung eines jährlichen Einstellungskorridors von mindestens 300-400 Lehrkräften
- Angleichung des BAT-Ost an den BAT bis 2007
- Abschluss eines Anschlussvertrages zum Lehrertarifvertrag
  - gleiche akzeptable Rahmenbedingungen für alle Lehrkräfte
- Informationskampagne zur Ergreifung eines Lehramtsstudiums
- Sicherung und Entwicklung der entsprechenden Ausbildungskapazitäten unter Beachtung eines bedarfsgerechten Fächerspektrums an beiden Universitäten in Sachsen-Anhalt

#### **These 5:**

#### **Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus**

##### Derzeitige Situation:

Erziehung ist zuerst Aufgabe der Eltern. Schule kann und wird den Erziehungsprozess unterstützen, kann die Eltern aber nicht ersetzen. Von entscheidender Bedeutung bei der Bewältigung der durch die Schule zu leistenden Aufgaben ist daher eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus.

##### **Deshalb fordern wir:**

- Schaffung verlässlicher Regelungen (z. B. Verträge)
- größere Mitbestimmungsrechte für Eltern und Schüler
  - Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einführung einer paritätischen Zusammensetzung der Gesamtkonferenz
- verbindliche Einbindung in die Schulprogrammarbeit und -evaluation
- stärkere Einbindung der Eltern und anderer in schulische Projekte
- Hilfestellung bei der Gründung von Schulvereinen

**These 6:****Reform der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung**Derzeitige Situation:

Die Verbesserung der schulischen Arbeit ist in hohem Maße von den Handelnden vor Ort abhängig. Insbesondere über das Engagement, die Motivation und das pädagogische Geschick der Lehrkräfte wird das Profil und das Klima einer Schule bestimmt. Dazu muss die Lehrerbildung in der Ausbildung, aber auch in der Lehrerfort- und -weiterbildung schnellstens den veränderten Anforderungen angepasst werden.

**Deshalb fordern wir:**

- Veränderung der Struktur der Lehramtsstudiengänge
- Erhöhung des Praxisbezuges
- Stärkere Vermittlung von unterrichtsbegleitenden Kompetenzen
  - Entwicklung der Fähigkeiten zur Leistungsdiagnose
  - Teamfähigkeit
  - Anwendung veränderter Unterrichtsformen
- bessere Verzahnung der Ausbildungsphasen
- bessere Vorbereitung auf die außerunterrichtliche Praxis
  - Drogen- und Gewaltprävention
  - Wahrung der Chancengleichheit der Geschlechter in der Schule
- Einführung eines Fortbildungspasses für Lehrkräfte (Nachweis von verpflichtenden Fortbildungsmodulen)

**These 7:****Wirksame Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher**Derzeitige Situation:

Die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft zeigt sich in starkem Maße darin, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der Dritten Wahlperiode wichtige Gesetze und Beschlüsse zur Verbesserung der Integrationschancen bildungsbenachteiligter junger Menschen beschlossen (u. a. Antidiskriminierungsgesetz). Damit wurde jedoch zunächst nur die richtige Richtung eingeschlagen. Auf dem Weg zur Umsetzung des Ziels einer wirklichen Integration verbleiben noch große Anstrengungen.

**Deshalb fordern wir:**

- Bündelung von Maßnahmen zur Senkung der Schulverweigerung durch Prävention und zielgerichtete Maßnahmen zur Wiedereingliederung (Ausbau der Pilotprojekte „Werk-statt-Schule“ und spezieller Reintegrationsklassen)
- Senkung der Schulabbrecherquote (besondere Förderangebote für lernschwache Schülerinnen und Schüler, Verbindung von praktischem Lernen, Berufsorientierung und Allgemeinbildung, stärkere Kooperation mit außerschulischen Lernorten und der regionalen Wirtschaft)
- Sicherung und Ausbau der Projekte zur Schulsozialarbeit ab 2003
- Ausweitung und Unterstützung von Schulkonzepten zur gemeinsamen Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf
- verstärkte sprachliche Förderung und schulische Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund (Einrichtung von Vorbereitungsgruppen bzw. Vorbereitungsklassen)

**These 8:****Kontinuierlicher Ausbau von Ganztagsschulangeboten auf der Grundlage eines pädagogischen Konzeptes für eine ganztägige Erziehungs- und Bildungsarbeit**Derzeitige Situation:

Ein nicht unerheblicher Teil der in der PISA-Studie vorn platzierten Länder verfügt über ein Ganztagschulsystem. Sachsen-Anhalt verfügt gegenwärtig über 48 Ganztagschulen (Zeitrahmen von 8 Stunden). Mit dem Programm „Zukunft Bildung“ stellt die Bundesregierung den Ländern bis 2007 insgesamt vier Milliarden EURO zur Verfügung. Damit sollen die Lernbedingungen an den Schulen verbessert werden und bundesweit 10.000 neue Ganztagschulen aufgebaut werden.

**Deshalb fordern wir:**

- zielgerichtete und landesbezogene Nutzung des Bundesprogrammes „Zukunft Bildung und Betreuung“ zur bedarfsgerechten Ausweitung des Angebotes an Ganztagschulen an allen Schulformen
  - Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern
  - Anwendung eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes
- bessere Vernetzung der Schulen mit dem regionalen Umfeld

**These 9:****Verbesserung der Bildungsarbeit im vorschulischen Bereich**Derzeitige Situation:

Der Kindergarten wird faktisch immer noch nur als eine „Betreuungs- und Verwahreinrichtung“ angesehen. Er hat aber einen wichtigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Andere OECD-Länder nutzen den Kindergarten besser im Hinblick auf seine Potenzen für eine altersgemäße Förderung und Vorbereitung auf die Schule.

**Deshalb fordern wir:**

- Verständigung auf verlässliche Standards für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten
- stärkere Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule
- Verminderung der Rückstellungen durch weiteren Ausbau der flexiblen Schuleingangsphase
- Verbesserung der Sprachkompetenz
- Stärkere Förderung sprachauffälliger Kinder
- gezielte Aus- und Fortbildung des Fachpersonals

**These 10:****Bessere Vermittlung der elementaren Kulturtechniken in der Grundschule**Derzeitige Situation:

Die Grundschule legt das Fundament für die weiterführenden Schulformen. Die Lehrkräfte in der Förderstufe registrieren jedoch immer häufiger Defizite bei ihren Neuankömmlingen. Der Wortschatz ist zu gering, die Kenntnisse in Orthographie und Grammatik sind unsicher.

**Deshalb fordern wir:**

- Anhebung der Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeit durch

- Erhöhung des Stundenanteils für Deutsch- und Mathematikunterricht,
- Einführung von überprüfbaren Bildungsstandards
- Stärkere Ausbildung von Schlüsselkompetenzen (Lernkompetenz, Kreativität, vernetztes Denken, Sozialkompetenz, Leistungsbereitschaft)
- Bereitstellung zusätzlicher Stunden für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten
- flächendeckende Einrichtung von Fremdsprachenunterricht ab Klasse 3

## **These 11:**

### **Die Stärkung der Sekundarschule**

#### Derzeitige Situation:

An der Sekundarschule lernen die meisten Kinder und Jugendlichen. Die Vorgaben der Kultusministerkonferenz zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung in bestimmten Fächern haben dazu geführt, dass die A- und B- Kurse mitunter mit den bisherigen getrennten Bildungsgängen gleichgesetzt wurden. Die übermäßige Anwahl der B- Kurse birgt die Gefahr des Absinkens qualifizierter mittlerer Bildungsabschlüsse.

#### **Deshalb fordern wir:**

- Initiative zur Flexibilisierung und Reduzierung der Vorgaben der KMK zur Fachleistungsdifferenzierung in bestimmten Fächern (A- und B- Kurse) innerhalb integrativer Schulsysteme
- Entwicklung von Angeboten für Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Lernzugängen
  - bei Wahrung der Erreichbarkeit aller Abschlüsse
  - keine Rückkehr zu getrennten Haupt- und Realschulbildungsgängen
- Qualifizierung der Förderstufe
  - stärkere Binnendifferenzierung des Unterrichts
  - flexiblere Stundenplanorganisation
  - Schaffung von kontinuierlichen Team- und Kooperationsstrukturen
  - Stärkere Nutzung erweiterter Lern- und Arbeitsformen
- Erhöhung des Praxisbezuges durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten und der regionalen Wirtschaft sowie die Ausweitung praxisbezogener Lernformen
- Gewährleistung der Durchlässigkeit zu anderen Schulformen (Gymnasium, Gesamtschule)
- Sicherung des Überganges in die weiterführenden studien- und berufsbezogenen Bildungsgänge
- zielgerichtete und an den praktischen Erfordernissen orientierte Fortbildung der Lehrkräfte

## **These 12:**

### **Verknüpfung der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre mit inhaltlicher Reform der gymnasialen Oberstufe**

#### Derzeitige Situation:

Die SPD in Sachsen-Anhalt hat sich bereits beim Landesparteitag 2000 in Ilsenburg für eine mittelfristige Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre ausgesprochen. Dies ist auch weiterhin unser erklärtes Ziel. Allerdings tragen isolierte Betrachtungen von Bildungszeit nicht zu einer inhaltlich gesteuerten Reform der Schule bei.

**Deshalb fordern wir:**

- Gleiche Rahmenbedingungen für Gymnasien, Integrierte und Kooperative Gesamtschulen
- Sicherung der uneingeschränkten bundesweiten Anerkennung des Abiturs auf der Grundlage bundeseinheitlicher Bildungsstandards in den Kernfächern (inhaltliche Evaluation)
- Ausweitung der Einbringungsverpflichtung in den Kernfächern in die Gesamtqualifikation zum Abitur
- Überprüfung des Kurssystems im Hinblick auf eine Aktivierung des Klassenverbandes
- Sicherung bzw. weitere Erhöhung der Bildungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt (Hochschulzugangsberechtigung, Studienneigung)
- Zielgerichtete Vorbereitung auf ein Studium durch eine frühere und konkretere Kooperation zwischen Gymnasien bzw. Gesamtschulen und Hochschulen (höhere Studierquote)

**These 13:****Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen**Derzeitige Situation:

In den vergangenen Jahren konnte ein Großteil der berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt saniert bzw. neu gebaut werden. Dieser Prozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Ab 2006 erreicht der Schülerrückgang auch die berufsbildenden Schulen. Bis dahin müssen Konzepte zur Schulnetzplanung sowie zum multifunktionalen Umgang mit den Ressourcen der berufsbildenden Schulen vorliegen. Ein großes Problem an Berufsschulen stellt die Unterrichtsversorgung dar. Ein wesentlicher Grund besteht im Defizit an ausgebildeten Berufsschullehrern.

**Deshalb fordern wir:**

- Übertragung einer stärkeren Eigenverantwortung
  - flexiblere Verwendungsmöglichkeiten der Personalmittel
  - Prüfung einer schrittweisen Übertragung der Personalhoheit
- Ausbau der Lernortkooperation (Schule-Betrieb)
- Weiterführung des Berufsschulmodernisierungsprogrammes
- Entwicklung der Berufsschulen zu regionalen Kompetenzzentren
- Profilierung der Berufsschullehrerausbildung

**These 14:****Weiterentwicklung der dualen Ausbildung**Derzeitige Situation:

Das System der dualen Berufsausbildung hat sich grundsätzlich bewährt, muss aber im bestehenden Rahmen modernisiert werden.

**Deshalb fordern wir:**

- schrittweise Modularisierung der beruflichen Ausbildung (in Kooperation mit der Bundesregierung und den Tarifpartnern)
  - Grundmodule (gemeinsam für mehrere Berufe)
  - Wahlpflichtmodule
  - flexibel ausgestaltbare Zusatzmodule (bedarfsgerechte Zusatzqualifikationen)

- Möglichkeit des Erwerbs von Teilqualifikationen für benachteiligte Jugendliche auf dem schrittweisen Weg zu einem anerkannten Berufsabschluss bzw. einer Beschäftigung (qualifizierte Zwischenabschlüsse)
- stärkere Orientierung der Ausbildungsberufe am Bedarf des Marktes
  - kontinuierliche Modernisierung bestehender Berufe
  - zeitnahe Entwicklung neuer Berufe
  - Ausbau und Förderung von Ausbildungsverbänden

## **These 15: Evaluierung und Profilierung der Erwachsenenbildung**

### Derzeitige Situation:

Die Erwachsenenbildung untergliedert sich in den öffentlich geförderten und den privaten Bereich. Über den öffentlich geförderten Bereich informiert der Erwachsenenbildungsbericht. Der private Bereich ist wesentlich dichter strukturiert, sowohl hinsichtlich der Anbieter als auch der Angebote. Da im Hinblick auf die Forderung nach einer „lebenslang“ lernenden Gesellschaft eine große Verantwortung bei den Trägern der Erwachsenenbildung liegt, gilt es auch hier Qualitätsstandards umzusetzen.

### **Deshalb fordern wir:**

- Qualitätssicherung durch die Einführung von Qualitätsstandards
- Überprüfung der Förderkriterien
- Benachteiligtenausbildung
- Sicherung von Beschäftigungsstandards bei den Bildungsträgern
- Stärkere Nutzung des Bildungsfreistellungsgesetzes

## **These 16: Weiterer Ausbau der infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen**

### Derzeitige Situation:

Sachsen-Anhalt war bis 1994 innerdeutsches Schlusslicht im Hochschulbau. Von 1994 bis 2001 flossen Investitionen von über 610 Mio. EURO in den Hochschulbau. Damit erkämpfte sich Sachsen-Anhalt im innerdeutschen Vergleich einen vorderen Platz. Trotz dieses guten Ergebnisses besteht auch weiterhin ein hoher Bedarf an Hochschulbaumaßnahmen. Mit dem Beschluss der SPD-Landesregierung zur Weiterentwicklung der Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt erhielten die Hochschulen eine mittelfristige finanzielle Planungssicherheit. Diese ist unabdingbar für die weitere Entwicklung von Lehre und Forschung.

### **Deshalb fordern wir:**

- Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur durch Profilierung und den weiteren Ausbau der gegenwärtigen Hochschulstandorte
- Weiterführung der Hochschulbauförderung entsprechend dem 32. Hochschulrahmenplan und darüber hinaus (unter Nutzung von EU- Mitteln)
- Sicherung einer mittelfristigen finanziellen Planungssicherheit für die Hochschulen und die Hochschulmedizin des Landes
  - Ausweitung der Budgetierung auf die Universitäten
  - Entwicklung der Instrumente zum Qualitätsmanagement (größerer Wettbewerb innerhalb der Hochschulen, aber auch zwischen den Hochschulen)

- Profilierung der Hochschulen und der beiden medizinischen Fakultäten (organisatorische und strukturelle Weiterentwicklung, institutionelle Kooperation)

## **These 17:**

### **Weitere Steigerung der Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Sachsen- Anhalt**

#### Derzeitige Situation:

Zum Wintersemester 2002/2003 hat sich die Anzahl der Studierenden an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt wiederum erhöht. Der kontinuierliche Anstieg der Studierendenzahlen in den letzten Jahren ist erfreulich und unterstreicht die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen sowie den Erfolg der SPD in diesem Feld. Jedoch muss vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung schon jetzt an Konzepten gearbeitet werden, um den ab 2008 in Folge der demographischen Entwicklung zu erwartenden Einbruch an einheimischen Studierenden durch Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland auszugleichen.

#### **Deshalb fordern wir:**

- Entwicklung von Strategien zur Erhöhung der Studierquote (insbesondere in einkommensschwachen Bevölkerungsschichten)
  - Werbung
  - praxisnahe Studiengänge
  - Erhalt der Studienkapazitäten
- Einleitung von Maßnahmen zur Umkehr des negativen Wanderungssaldos (u. a. Verbesserung der Möglichkeiten zur Nebenerwerbstätigkeit von Studierenden)
- Erhöhung der Attraktivität der Studienplätze für ausländische Studierende (gezielte Förderprogramme, Internationalisierung der Studiengänge, Sicherung eines ausländerfreundlichen Klimas)
- Erhalt der Standortqualität durch eine bedarfsgerechte Entwicklung innovativer Studiengänge sowie eine weiterhin intensive Betreuung

## **These 18:**

### **Größere Gestaltungsmöglichkeiten für die Hochschulen**

#### Derzeitige Situation:

Die Vierte Hochschulgesetznovelle vom Juni 2000 leistete einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung eigenverantwortlichen Handelns der Hochschulen. Jedoch sind die gegenwärtigen diesbezüglichen Möglichkeiten der Hochschulen noch nicht ausreichend, um auch zukünftig national und international wettbewerbsfähig zu bleiben.

#### **Deshalb fordern wir:**

- Ablösung der Detailsteuerung des Staates durch das Aushandeln von Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen
- weitgehende Personalhoheit im Rahmen des Budgets
- Einführung neuer Steuerungssysteme
  - stärkerer Wettbewerb zwischen den Hochschulen
  - leistungsbezogenerer Mittelverteilung
  - Erhöhung der Transparenz durch Kosten-/Leistungsrechnung
- Größere Flexibilität bei den Einnahme- und Bewirtschaftungsformen (kostendeckendes Arbeiten, z. B. Schaffung von Einnahmemöglichkeiten im Hinblick auf Angebote der Fort- und Weiterbildung)
- Erleichterungen von Ausgründungen

**These 19:****Sicherung von Bildungschancen**Derzeitige Situation:

Im Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist eindeutig festgelegt, dass für ein Studium, welches zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, keine Gebühren erhoben werden können. Dazu zählen auch konsekutive Erstausbildungen (Bachelor/Master) und das Studium nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Das ist und bleibt unsere Überzeugung. Der Geldbeutel der Eltern darf auch weiterhin nicht über die Aufnahme eines Studiums entscheiden.

**Deshalb fordern wir:**

- Weiterhin keine Hochschulgebühren bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss (einschließlich konsekutiver Studiengänge)

**These 20:****Engere Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft im Sinne eines effektiven Wissenstransfers**Derzeitige Situation:

Eine engere Verzahnung von Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft birgt Entwicklungspotentiale, deren Nutzung sowohl zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes als auch der mittelständischen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt beitragen kann. Insbesondere im Umfeld der beiden Universitäten entwickelten sich in den letzten Jahren regionale Forschungszentren mit großer Ausstrahlung auf die regionale und überregionale Wirtschaft. Dies muss ausgebaut werden.

**Deshalb fordern wir:**

- Stärkung der Wissenschafts- und Forschungspotenziale der Hochschulen im Hinblick auf ihre Integration in die regionale Wirtschaft und Gesellschaft
- Schaffung regionaler Netzwerke (Clusterbildung) durch Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
- gezielter Einsatz für die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen im sachsen-anhaltischen und angrenzenden Raum (z. B. Europäische Spallationsneutronenquelle in Mitteldeutschland)

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-04</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Konsequenzen nach PISA

Die Landtagsfraktion und die AfB werden aufgefordert, sich vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse (schlechtes Ergebnis des Landes Sachsen-Anhalt, Deutschland insgesamt im unteren Drittel der OECD-Länder) für Veränderungen im Bildungssystem einzusetzen, die zur Verbesserung der Bildungsergebnisse in Deutschland insgesamt, besonders aber in unserem Bundesland führen.

Über folgende Punkte ist dabei eine offene Diskussion zu führen:

1. Vor- und Nachteile des Bildungsföderalismus,
2. Stärkung der Bundeskompetenz durch ein Bildungsrahmengesetz, bundeseinheitliche Bildungsstandards und Kerncurricula,
3. integrative Schulsysteme
4. innere Schulreform

In diesem Zusammenhang sollten unbedingt die Positionen des Handwerks aus der Schriftenreihe Baden-Württembergischer Handwerkstag herangezogen werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-05</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Projekttag zum Schüler-Lehrer-Eltern-Dialog

Die SPD fordert Landesvorstand und Landtagfraktion auf, in der bildungspolitischen Debatte anzuregen, dass der 26. April in Gedenken an die Bluttat von Erfurt zu einem Projekttag des Schüler-Lehrer-Eltern-Dialogs erklärt und gestaltet wird. Vor diesem Hintergrund muss eine angemessene schulpsychologische Betreuung in Sachsen-Anhalt gesichert werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-06</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Schulsozialarbeit

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Projekte der Schulsozialarbeit auch in Zukunft fortgeführt werden können. Die von der Landesregierung geplante 50%-Beteiligung der Kommunen wird von uns abgelehnt.

**Beschluss LPT-2002-07**  
SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## Verbesserung kommunales Anstaltsgesetz

Die SPD-Landtagsfraktion möge prüfen, inwieweit im kommunalen Anstaltsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (z. B. in den Verwaltungsräten) verbessert werden kann.

## Beschluss LPT-2002-08

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

### Eine moderne und innovative Gleichstellungs- und Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt fortführen

Die SPD Sachsen-Anhalt hat in den letzten vier Jahren eine Gleichstellungs- und Frauenpolitik etabliert, die bundesweit als führend und zukunftsorientiert gilt. Wir setzen uns im Interesse der Frauen und Männer in unserem Land dafür ein, dass dieses hohe Niveau erhalten bleibt.

1. Für die Frauen in Sachsen-Anhalt ist die eigenständige Erwerbstätigkeit eine zentrale Forderung. Der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz von der Geburt an ist die Grundlage für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Väter und Mütter. Auch unter dem Gesichtspunkt der Ergebnisse der PISA-Studien mit der nachgewiesenen Bedeutung der frühkindlichen, vorschulischen Bildung werden wir dafür kämpfen, dass unsere zukunftsorientierten, modernen, familien- und kinderfreundlichen Angebote erhalten bleiben und weiter entwickelt werden.
2. Mit der konsequenten Einführung des Gender Mainstreaming-Ansatzes in der Landesverwaltung seit dem Jahr 2000 haben wir bundesweit Neuland betreten und uns nicht nur in der Bundesrepublik sondern auch auf EU-Ebene profiliert. Andere Bundesländer, aber auch Organisationen und Verbände orientieren sich inzwischen an Sachsen-Anhalt. Wir haben über ein umfassendes Konzept zur Einführung dieser Politikstrategie in Sachsen-Anhalt die Grundlagen für eine neue Gleichstellungspolitik gelegt, die strukturell-präventiv ansetzt. Gender Mainstreaming wirkt im Sinne eines Qualitätsmanagements für eine moderne Verwaltung. Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen in jedem Politikfeld wird vorab geprüft, wie sich diese auf die Zielgruppen Frauen und Männer auswirken. Für den Fall der nachteiligen Folgen für ein Geschlecht werden spezielle Ausgleichsmaßnahmen geschaffen. Dieser Politikansatz ist nach unserer Meinung besonders zielführend, um die Gleichstellung von Männern und Frauen in größeren Schritten voranzubringen und soll weiterhin konsequent angewandt werden.
3. Der Zug in die Informationsgesellschaft darf nicht ohne die Frauen abfahren. Die sozialdemokratische Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat die erste Fraueninternet-Plattform der Bundesrepublik entwickelt und ins Netz gestellt. Wir erwarten, dass die Internetpräsentation des Landes, der Kommunen, Verbände und der Wirtschaft auch konsequent die Bedarfe von Frauen aufnehmen und berücksichtigen. Ebenso muss insbesondere jungen Frauen der Weg in neue, zukunftsorientierte Berufe – vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Medienbranche – ermöglicht werden.
4. Mit dem Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder gehört das Land Sachsen-Anhalt zu den Vorreitern der Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Unsere sozialdemokratische Landesregierung hat als erstes Bundesland ein breit ansetzendes Konzept vorgelegt, welches in alle Bereiche hinein wirkt, wie Schule, Polizei und Justiz. Neben der Anwendung des Gewaltschutzgesetzes des Bundes ist eine Präzisierung des

Polizeigesetzes des Landes notwendig. Dafür hat die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt. Zu den Kooperationspartnern im Netzwerk gegen Gewalt gehören die Interventionsstelle, die Frauenhäuser und Beratungsstellen, deren Arbeitsfähigkeit gesichert bleiben muss. Häusliche Gewalt produziert wiederum Gewalt bei denjenigen, die damit aufwachsen. Häusliche Gewalt ist der größte Risikofaktor auch für Jugendkriminalität. Das bedeutet, dass wir mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder generell gewaltpräventiv wirken können.

**Beschluss LPT-2002-09**  
SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## **Reform der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sozial ausgewogen und nicht zu Lasten der Kommunen vornehmen**

Die Entscheidungs- und Mandatsträger der SPD auf allen Ebenen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass notwendige Veränderungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe in Angriff genommen werden und dass diese Veränderungen im Benehmen mit den für die Sozialhilfe zuständigen Landkreisen und Kommunen und nicht zu deren Lasten vorgenommen werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-10</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Fortsetzung der Gebietsreform

Die SPD-Fraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Gebietsreform in Sachsen-Anhalt in Verbindung mit der Funktional- und Verwaltungsreform weitergeführt wird.

Die Rücknahme der in der 3. Legislaturperiode des Landtages Sachsen-Anhalt verabschiedeten Vorschaltgesetze bezüglich der Gebietsreform ist Zeichen einer verfehlten Politik der neuen Landesregierung, sie gefährdet die Zukunft unseres Landes und verhindert die Chance, leistungsstarke, bürgernahe und effiziente Kommunen in Sachsen-Anhalt einzurichten.

**Beschluss LPT-2002-11**  
SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## Kein Abbau der Personalstellen bei der Landespolizei

Die SPD-Fraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass als Zielgröße das Verhältnis 1 : 340 Stellen bei den Polizeivollzugsbeamten erhalten bleibt.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-12</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Finanzierung der Verbesserung des Hochwasserschutzes und Grundsätze künftigen Handelns

Die Entscheidungs- und Mandatsträger der SPD aller Ebenen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die erforderlichen Mittel zur Verbesserung des Hochwasserschutzes anstelle geplanter Neubaumaßnahmen zur Erhöhung der Fließgeschwindigkeit und Tauchtiefenerhöhung der Elbe und ihrer Nebenflüsse ( wie Staustufen, Abfräsen des Dornfelsens etc.) umgeleitet werden.

Es muss der Grundsatz gelten: Nicht der Fluss ist den Schiffen, sondern die Schiffe sind dem Fluss anzupassen.

Im Zusammenwirken zwischen Bund und Anrainerländern der Elbe sowie den großen Naturschutz- und Umweltorganisationen muss eine Gesamt-Fluss-Konzeption erstellt werden, die tatsächlich notwendige wasserbauliche Maßnahmen und Belange des Naturschutzes sinnvoll vereinigt.

Übertriebene „Technikgläubigkeit“ sollte ebenso ausgeschlossen sein, wie Naturschutz um jeden Preis.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-13</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Besserer Hochwasserschutz

Die Entscheidungs- und Mandatsträger der SPD aller Ebenen werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Hochwasserschutz an der Elbe und ihren Nebenflüssen wesentlich zu verbessern. Hierzu ist ebenso erforderlich, die zerstörten Anlagen schnellstmöglich und in besserer Ausführung wieder aufzubauen wie die beschädigten Anlagen instand zu setzen und zusammen mit den Anlagen, die der Jahrhundertflut standgehalten haben, zu verbessern.

Der Fluss darf in seinem Lauf nicht weiter eingeengt werden.

Weitere Überflutungsflächen (Polder) müssen statt dessen geschaffen werden; eine ständige Beweidung der Deiche mit Schafherden muss wieder erfolgen.

**Beschluss LPT-2002-14**  
SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## Wiederherstellung der touristischen Infrastruktur nach dem Hochwasser

Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion des Landtags und des Bundestages sowie die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich für die Wiederherstellung der touristischen Infrastruktur, die durch das Hochwasser Schaden genommen hat, einzusetzen.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-15</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Heidekompromiss

Die Bundestags- und Landtagsfraktion werden aufgefordert, den Stand der Umsetzung des sogen. Heidekompromisses überprüfen zu lassen und ggf. Maßnahmen zu ergreifen, die seine Umsetzung sichern. Dabei geht es insbesondere um Aussagen über die zukünftige Nutzung des bis zum Jahr 2006 frei zu räumenden Südteils der Colbitz-Letzlinger-Heide.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-16</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## EU-Förderpolitik für Sachsen-Anhalt

Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder Sachsens-Anhalts im Bundestag und Europaparlament werden aufgefordert, sich intensiv für eine angemessene Fortführung der EU-Strukturpolitik für Sachsen-Anhalt einzusetzen:

1. Im Rahmen der Regionalpolitik muss auch nach der Osterweiterung eine Förderung strukturschwacher Regionen in den bisher zur EU gehörenden Mitgliedsstaaten erfolgen.
2. Die EU-Beihilfenkontrolle muss auch zukünftig die Förderung von Großinvestitionen in den neuen Bundesländern zulassen.
3. Im Rahmen der Reform der EU-Agrarpolitik dürfen geplante Kürzungen und Umschichtungen von Fördermitteln nicht zu einer existentiellen Bedrohung für die großflächigen und beschäftigungsintensiven Agrarbetriebe in Ostdeutschland werden.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-17</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## EU-Osterweiterung und Verfassungskonvent

Im Jahr 2004 soll eine EU-Regierungskonferenz über effizientere, demokratischere, transparente und bürgernahe Strukturen in einer EU mit bis zu 25 Mitgliedstaaten beschließen. Der z.Zt. tagende EU-Verfassungskonvent hat den Auftrag, als Grundlage dazu einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten.

Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder Sachsen-Anhalts im Bundestag und im Europaparlament werden aufgefordert:

1. stärker die Chancen und Vorteile der EU-Osterweiterung zu thematisieren und darauf hinzuwirken, dass die Landes- und Bundesregierung die positiven Auswirkungen auch den Bürgern gegenüber stärker deutlich macht.
2. die Arbeit des EU-Verfassungskonventes aktiv zu begleiten und den für 2003 geplanten „Sachsen-Anhalt-Konvent“, der eine öffentliche Debatte zu den Auswirkungen der Reform auf Sachsen-Anhalt anstoßen soll, konstruktiv zu begleiten.

## Beschluss LPT-2002-18

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

### Landwirtschaft

Die SPD Sachsen-Anhalts fordert die Landesregierung auf, dem erfolgreichen Modell der alten SPD-Landesregierung in Bezug auf das EU-Lobbying auf dem damaligen chemiepolitischen Feld zu folgen und über die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union auf eine vernetzte, konzertierte Aktion der ostdeutschen Länder hinzuwirken, die elementare Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft bei der Europäischen Kommission zur Geltung bringt: Vor dem Hintergrund der Osterweiterung ist eine Agrarreform unbedingt erforderlich, viele Ansätze des zuständigen Kommissars gehen in die richtige Richtung und die EU-Reform als solche ist zu unterstützen. Jedoch muss eine Ausnahmeregelung für grossflächige, leistungsfähige Agrarbetriebe, die umweltgerecht und tierschutzgerecht wirtschaften, festgeschrieben werden, die diesen mehr als 300.000 Euro Prämien oder mehrere Tranchen in Höhe dieser Kappungsgrenze zugänglich macht. Ausserdem soll das Land darauf hinwirken, dass zusätzliche Arbeitnehmerfreibeträge jenseits der ersten beiden Arbeitskräfte deutlich über 3.000 Euro liegen und damit den beschäftigungsintensiven Betrieben in strukturschwachen Räumen weitere Unterstützung zukommt.

## Beschluss LPT-2002-19

### SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

## SPD - Partei der Zukunft, Zukunft braucht Jugend!

Bei der Landtagswahl 2002 hat die SPD bei den jungen Wählerinnen und Wählern besonders schlecht abgeschnitten. Viele junge Leute machten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch oder wählten die SPD ab. Der genaue Blick auf das Wahlverhalten nach Altersgruppen macht deutlich: die SPD Sachsen-Anhalt wurde bei der Landtagswahl hauptsächlich von Senioren gewählt. Bei der Bundestagswahl konnten wir viele junge Menschen wieder zurückgewinnen, insbesondere junge Frauen haben überdurchschnittlich stark SPD gewählt. Wir stellen uns der Aufgabe, junge Wählerinnen und Wähler verstärkt anzusprechen und für uns zu gewinnen.

**Zeit zum Handeln!** Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen 8 Jahren für die Jugend in Sachsen-Anhalt wichtige Vorhaben umgesetzt. Genannt seien hier nur die Jugendpauschale oder die Bereitstellung von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Doch junge Menschen, die nach der Ausbildung nicht in Sachsen-Anhalt arbeiten und sich somit eine Existenz aufbauen können, sehen in der Politik keine Unterstützer. Grund genug schnellstmöglich ein eigenes klares Profil zur Lösung der Probleme im Wirtschaftsbereich und somit für den Arbeitsmarkt zu entwickeln. Am Wahlergebnis zeigt sich deutlich: Wirtschaftspolitik ist Jugendpolitik. Es ist unsere Aufgabe, besonders das Vertrauen der jungen Menschen gegenüber sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu erlangen. Dieses Vertrauen werden wir nicht geschenkt bekommen, sondern es wird hart erarbeitet werden müssen.

Politische Entscheidungen müssen mehr als bisher nachvollziehbar und überprüfbar sein. Hierzu bedarf es einer Effektivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Die gläserne Politik muss zum Maßstab des Handelns der Sozialdemokraten werden. Die Zusammenarbeit mit engagierten Vereinen, Gewerkschaften und verschiedenen Gemeinschaften bedarf einer grundlegenden Verbesserung. Nur eine thematische Vernetzung untereinander schafft Akzeptanz für politisches Handeln. Die Partei sollte sich hierzu mehr als bisher ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffnen.

Der SPD-Landesparteitag bekräftigt die Zielsetzung des Beschlusses von Salzwedel, bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen junge Frauen und Männer stärker auf aussichtsreichen Plätzen zu berücksichtigen. Kreisverbände und Ortsvereine werden aufgefordert, Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bei der Aufstellung der Listen zu den Kommunalwahlen 2004 mit mindestens 10 % auf den aussichtsreichen Plätzen zu berücksichtigen. Die Kreisverbände werden aufgefordert, die Förderung junger Kandidatinnen und Kandidaten so langfristig vorzubereiten, dass sie bei der Aufstellung der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten zur Landtags- und Bundestagswahl 2006 angemessene Chancen erhalten. Der Landesvorstand wird aufgefordert, bei seinen

Listenvorschlägen junge Kandidatinnen und Kandidaten gemäß der Zielvorgabe von 10 % unter 35 Jahren zu berücksichtigen.

**Jugend in die Ortsvereine.** Alle regionalen Strukturen der SPD werden aufgefordert, offensiv auf Jugendliche zuzugehen, mit ihnen gemeinsamen politische Ideen und Strategien zu entwickeln und an deren Umsetzung zu arbeiten. Nicht in jeder Gemeinde gibt es aktive Jusos. Deshalb wird die Einbindungsbereitschaft der Genossinnen und Genossen vor Ort gegenüber Jugendlichen für eine attraktivere SPD entscheidend sein. Darüber hinaus wird der SPD-Landesvorstand aufgefordert, eine Strategie zur politischen Nachwuchsbildung vorzulegen. Hierbei ist ein Konzept zu verankern, um junge Mitglieder und Sympathisanten zu qualifizieren und zu fördern.

## Beschluss LPT-2002-20

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

### Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

1. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer 140-jährigen Geschichte bedeutende Leistungen und Personen hervorgebracht, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, auf die es sich lohnt stolz zu sein und die uns verpflichten, auch in schweren Zeiten unbeirrt für die großen Ziele Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzutreten.
2. Auch die Geschichte der Sozialdemokratie im heutigen Sachsen-Anhalt ist reich an großen Leistungen, aber ebenso an bitteren Niederlagen und Opfern, die es verdienen, dauerhaft in unserem Gedächtnis zu bleiben und uns Kraft und Hilfe in schwierigen Situationen bei der eigenen Arbeit geben können. Dazu gehört die Kenntnis der Biographien jener Sozialdemokraten, die in das Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert „ Der Freiheit verpflichtet“ aufgenommen wurden, weil sie im Widerstand gegen die Diktaturen schweren Verfolgungen ausgesetzt waren oder gar ihr Leben verloren.
3. Die Neugründung der SPD 1989/90 erfolgte in Sachsen-Anhalt spontan und voller Enthusiasmus an vielen Orten des Landes gleichzeitig. Kreis- und Bezirksverbände entstanden, und anschließend wurde der Landesverband gegründet. In dieser spannenden Zeit fanden die wenigsten von uns genügend Zeit und Kraft dafür, Dokumente zu sammeln, Erinnerungen aufzuschreiben und diese Vorgänge zu dokumentieren. Doch manche Anfangsschwierigkeit und Besonderheiten erklären sich aus diesen Vorgängen und dürfen nicht vergessen werden. Viele Gründungsmitglieder, die manches zu berichten hätten oder Dokumente besitzen, sind nicht mehr unter uns bzw. haben ihre Arbeit für die Sozialdemokratie eingestellt. Auch aus diesem Grund sind alle Gliederungen unserer Partei aufgefordert, ihre eigene Geschichte zeitnah festzuhalten und aufzuarbeiten.
4. Die Historische Kommission unseres Landesverbandes übernimmt die Aufgabe, die Gliederungen bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte zu beraten und zu unterstützen. Gleichzeitig werden alle Gliederungen des Landesverbandes aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Zuarbeit zu leisten, damit wichtige Zeugnisse unserer bisherigen Arbeit festgehalten, gesichtet und sachgerecht aufbewahrt werden können.
5. Die Historische Kommission erhält zugleich den Auftrag, im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch die Förderung von Veröffentlichungen und Vorträgen zur Verbreitung der Kenntnisse von der Geschichte der Sozialdemokratie beizutragen.

## Beschluss LPT-2002-21

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

### Kein Krieg gegen den Irak - Solidarität mit der US-Friedensbewegung

Die SPD Sachsen-Anhalt begreift sich nicht allein als eine regionale Partei, wir sind uns unseren politischen Verpflichtungen in der globalisierten Welt durchaus bewusst. Aus diesem Bewusstsein heraus verfolgen wir mit großer Besorgnis, die momentane Entwicklung in der Irak-Frage. Ohne jeglichen Zweifel ist Iraks Staatsoberhaupt - Saddam Hussein - ein Diktator. Die Verletzungen unterschiedlicher völkerrechtlicher Bestimmungen, die Nicht-Beachtung verschiedener UN-Resolutionen und die andauernde Unterdrückung der irakischen Bevölkerung lassen eine andere Einschätzung der irakischen Staatsform nicht zu.

Aber auch diese Tatsachen rechtfertigen nicht einen militärischen Einsatz in dieser Region. Die Folgen eines solchen Einsatzes sind sowohl für die daran beteiligten Staaten als auch für die gesamte Region im nahen Osten nicht abzusehen. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass diese Auseinandersetzung zur Spaltung der arabischen Welt erheblich beitragen wird. Die Bestrebungen der neuen UN-Resolution sind von uns zu unterstützen. Die Rückkehr der Waffeninspektoren in diese Region und die Vernichtung vorhandener Massenvernichtungswaffen muss absolute Priorität der internationalen Irak-Politik haben.

Deutsche Außenpolitik muss, auch aus eben diesen Gründen, Friedenspolitik sein und bleiben! Maßstab für das Handeln der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik bleibt das Völkerrecht mit seinen Grundsätzen des Gewaltverzichts und friedlicher Konfliktlösung. Wir, die SPD Sachsen-Anhalt bestärken die Bundesregierung in ihrer Haltung, sich nicht an einem Krieg gegen den Irak zu beteiligen. Und fordern von der Bundesregierung und den SPD-Bundestagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt bei ihrem Nein zum Krieg zu bleiben und damit auch ihren Wahlkampfversprechungen treu zu bleiben. Wir stellen uns in damit weiter in Solidarität mit der US-Amerikanischen Friedensbewegung, welche unter anderem am 26. Oktober 2002 zwei große Demonstration (Washington, San Francisco) gegen den Irak-Krieg unter den Motto „Nicht in unserem Namen!“ durchgeführt hat.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2002-22</b> SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau</p>
--

## Das Sterben der Aidshilfen verhindern!

Der SPD-Landesparteitag spricht sich gegen die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung der Landesmittel bei den Aidshilfen Sachsen-Anhalts aus, die zur vollständigen Arbeitsunfähigkeit der Vereine führen. Die im Anschluss entstehenden gesellschafts- und gesundheitspolitischen Folgen würden dramatisch sein, da Prävention die finanziell günstigste Variante ist, die enormen Folgekosten der Krankheit zu minimieren bzw. zu verhindern. Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf alles in ihrer Macht stehende zu tun, um ein Sterben der AIDS-Hilfe in Sachsen-Anhalt zu verhindern.